

Uta Monecke: Zwischen staatlicher Obrigkeit und bürgerlichem Aufbruch. Preußische Zensur und städtische Zensoren in Halle und Naumburg 1816-1848

Halle: Mitteldeutscher Verlag 2006 (Forschungen zur halleschen Stadtgeschichte 8), 254 S.

Schon beim Vorwort wurde der Rezensent etwas überrascht: Die der Veröffentlichung zu Grunde liegende Dissertation unter dem Titel »Städtische Zensoren zwischen liberalem Stadtbürgertum und staatlicher Bevormundung im Regierungsbezirk Merseburg von 1816 bis 1848« wurde laut der Verfasserin »überarbeitet und in einigen Punkten« (S. 9) ergänzt. Eine tief greifende Kürzung wird hingegen nicht erwähnt, obwohl der Regierungsbezirk Merseburg vor 1848 über 17 Kreise mit 29 Zeitungen verfügte (S. 194). Die thematische Verengung auf die zwei Städte Halle und Naumburg wird zudem zu kurz und daher kaum nachvollziehbar begründet: 14 bzw. 15 Zeilen (S. 13) und nochmals wenige Sätze auf den Seiten 35 bis 38 reichen bei weitem nicht aus. Inwieweit die beiden Kommunen vergleichbar sind und warum gerade sie ausgewählt wurden, wird nicht ausgeführt. Über wichtige Faktoren wie Einwohnerzahl, Wirtschafts- und Sozialstruktur erfährt der Leser, wenn überhaupt, zu wenig. Auch das Erscheinen in einer stadthistorischen Schriftenreihe ist dafür keine Entschuldigung.

Nun aber zum Inhalt, die Fragestellung umfasst zwei Themenkomplexe: Zum einen geht es um die lokalen Zensoren und ihr Handeln, das von den gesetzlichen Bestimmungen, den übergeordneten Stellen, den Mitbürgern und den zu zensurierenden Schriftleitern und Autoren bestimmt wurde. Zum anderen geht es um die Zensurpraxis und das Selbstverständnis der lokalen Zensoren. Die Arbeit beginnt mit zwei einleitenden Kapiteln: »Über die preußische Zensur« und »Rechtsunsicherheit und Unterschiede im Zensurwesen (1816-1819)«. Von der Gründung der Provinz Sachsen bis zum preußischen Zensuredikt«. Hier wird deutlich, dass zumindest in den ersten Jahren die lokale Zensur in den beiden Städten nur bedingt verglichen werden kann: In dem erst 1815 zu Preußen gehörenden Naumburg galten bis Anfang 1820 neben preußischen auch weiterhin sächsische Bestimmungen über die Zensur. Dies führte zu einer Rechtsunsicherheit, die sich auch in der hohen Fluktuation der lokalen Zensoren widerspiegelte. Zudem galten in Halle als Universitätsstadt besondere Regelungen: Die meisten an der Universität entstandenen Publikationen waren nur der betreffenden Zensur durch Professoren der entsprechenden Fakultät unterworfen, es herrschte quasi eine Zensurfreiheit.

Die Arbeit ist chronologisch gegliedert, die Zäsuren 1819, 1830 und 1843 werden plausibel begründet. In jedem dieser Kapitel werden nach einer Einleitung die Entwicklung der lokalen Zensur und die Haltung der lokalen Zensoren in Halle und dann in Naumburg dargelegt. Jedes Kapitel endet mit einer kurzen Zusammenfassung unter dem Titel »Fazit und Bewertung der Zensoren«. Trotz der in der Überschrift mit »Rechtsunsicherheit und Unterschiede im Zensurwesen (1816-1819)« skizzierten Besonderheiten für einen Vergleich in diesem Zeitabschnitt ist das betreffende Kapitel das kürzeste. In Halle waren Zensurumgehungen durch Drucker und Verleger für die Behörden das Hauptproblem. In Naumburg wurde im Oktober 1816 das Zensorenamt dem Magistratsassessor Rasch übertragen. Nach zwei Rügen im Juli 1817 bat er um seine Entlassung. In diesem Schreiben bekannte er sich offen zu seinen liberalen Ansichten. Dieses Schreiben wurde aus nicht näher ersichtlichen Gründen jedoch nicht abgeschickt und Rasch blieb bis 1819 im Amt. Sein Nachfolger geriet jedoch auch schnell in die Kritik von Innenministerium und Bezirksregierung.

1819 traten einschneidende Änderungen in Kraft: Die Zensurfreiheit der Universitäten wurde aufgehoben und das preußische Zensuredikt führte neben Verschärfungen zur Schaffung eines Oberzensurkollegiums, es wurde jedoch durch die Oberpräsidenten häufig übergangen. Dieses Kontrollorgan bestellte Fachzensoren für die gesamte Provinz und versuchte, die Zensur zu zentralisieren. Nach heftigen Protesten wurden 1820 wiederum hallesche Zensoren bestellt. In diesem Kapitel hat die Autorin einen speziellen Abschnitt über die in diesem Zeitraum stattfindenden »Rügen und ihre Begründungen« eingeschoben. Er gibt anhand praktischer Beispiele einen guten Einblick in die lokale Zensurpraxis. In Naumburg ist 1828 sogar der Zensor entlassen worden, weil er in mehreren Fällen anderer Meinung war als der Oberpräsident. Der Zeitraum 1830 bis 1848 ist von einer Verschärfung der Ausführungsbestimmungen (vor allem im Jahr 1843) und damit der Zensurpraxis gekennzeichnet. Die Zensur für Naumburg wurde in Merseburg ausgeführt. Eine Quelle für staatliche Eingriffe war die Berichterstattung über die »Wahlverweigerung«: Die Naumburger Stadtverordneten weigerten sich 1846 mehrfach, für den 1847 bevorstehenden Provinziallandtag einen Abgeordneten zu bestimmen. Daraufhin wurde vom König die Stadtverordnetenversammlung aufgelöst. An diese Kapitel schließt sich eine ausführliche Zusammenfassung an. Da schon in den Kapiteln zuvor immer wieder zusammenfassende Abschnitte enthalten waren, lassen sich Wiederholungen nicht vermeiden. Andererseits werden hier allerdings auch Aussagen getroffen, die sich nicht nur auf die beiden untersuchten Kommunen beschränken. Anstelle eines Ausblicks auf die Jahre 1848/1849 wird eine auf 11 Textseiten zusammengefasste Magisterarbeit der Verfasserin »Das Pressewesen im preußischen Regierungsbezirk Merseburg in der Revolution 1848/1849« abgedruckt, die einen

stark gerafften Überblick bietet. Leider ist für das Lesen der Kartenlegende auf S. 199 eine Lupe notwendig. Es folgt noch ein informativer Anhang. Er enthält unter anderem die preußischen Geschäftsinstruktionen für die Zensoren von 1843 sowie Übersichten über die Zensoren und die lokalen Zeitungen in Halle und Naumburg. Es liegt hier eine Spezialuntersuchung vor, die durch zahlreiche Beispiele über die Zensurpraxis und dem Handeln der lokalen Zensoren sich gut lesen lässt und einen plastischen Eindruck vermittelt. Es wäre sicher reizvoll, solche Untersuchungen auch für andere preußischen Provinzen vorzunehmen. Die Autorin hat hierfür eine gute erste Untersuchung vorgelegt. In Zukunft sollte allerdings auf eine sorgfältige oder zumindest gut begründete Auswahl der zu vergleichenden Kommunen geachtet werden.

Radebeul

Lutz Sartor

Jost Hermand: Heinrich Heine. Kritisch. Solidarisch. Umstritten.

Köln, Weimar, Wien: Böhlau Verlag 2007, 250 Seiten.

Hinter den drei Adverbien, die der Germanist Jost Hermand als Untertitel seinem Heine-Buch mitgegeben hat, müssten eigentlich Ausrufezeichen stehen: Es handelt sich um die Eigenschaften, die Heine nach Hermand zuallererst auszeichnen, und daß es keine Fragezeichen sind, macht die Lektüre der insgesamt dreizehn Beiträge dieses Bandes stellenweise ermüdend. Schon nach den ersten Seiten weiß man nämlich, worauf es Hermand ankommt: Er will nachweisen, daß Heine der »bedeutendste politische Rebell unter den Dichtern des 19. Jahrhunderts« (149) gewesen sei und er variiert dieses Leitmotiv vor allem in Wiederholungen.

Die Auseinandersetzung darüber, wie Heines Werk und einzelne seiner Äußerungen politisch einzuordnen sind, ist nicht neu: Vor allem die marxistische Rezeption reklamierte Heine als »engagierten Schriftsteller«, der in seinen Prosaschriften mit beißender Ironie die politischen und gesellschaftlichen Zustände seiner Zeit kritisierte, während eine mehr immanente Interpretation den ironischen Romantiker der Gedichte hervorhob. Am einfachsten schienen sich beide Interpretationsrichtungen auf den Begriff der »Zerrissenheit« einigen zu können.

Hermand geht es in diesem Sammelwerk, in dem – bis auf zwei – alle Beiträge auf Vorträge oder Veröffentlichungen zurückgehen, vor allem um Heines »geschichtsphilosophische und politikästhetische Begriffswelt« (11). Wenn er dazu schreibt, daß Heines Werke in ihren Inhalten immer historischer werden, das aber ihre kritische Haltung wie ihre »positive (...) Anteilnahme an den Sorgen der gesellschaftlich Ausgegrenzten weiterhin vorbildlich« (16) bliebe, so regt sich Widerspruch beim Leser. Hat Heine es nötig, daß man auf diese Weise sein Nachleben sichert?

Hermand wählt, um sein Anliegen zu vermitteln, einen Umweg: Er interpretiert nicht systematisch Heines Schriften, sondern er stellt Heine in Beziehung zu ausgewählten Persönlichkeiten (Dichtern wie Lessing, Goethe, Schiller und Büchner beispielsweise, aber auch Napoleon und Marx) und zu aus Hermands Perspektive wichtigen Problemstellungen wie »Massen« oder »Religion«. Zwei Kapitel beschäftigen sich mit der Rezeption Heines bei Franz Mehring und im Kalten Krieg und das Abschlusskapitel zieht ein polemisches Fazit zum Begriff der »Moderne«.